

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Lehmann, Riesa.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsanstalt: Riesaer Druckerei, Riesa.

Nr. 25.

Donnerstag, 30. Januar 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Kettenschrift-Zeile 100 Gold-Pfennige; zeitrauender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorab durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant bezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Riesaer oder der Verlegeranstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Götzestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Das Ende des Diktators.

Der spanische Diktator ist zurückgetreten. Ist es wirklich das Ende? Viele glauben, daß der heute Schicksalsjahr, der ein ganzes Jahr lang sich im Kampfe mit einer gegen ihn gerichteten Krise behauptet hat, noch zu jung und noch nicht müde genug ist, um sich mit dem Schicksal des von seinen Soldaten verlassen Generals abzufinden und zu resignieren. Er sagte nach der Rücktritts- und Resignations- und im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Riesaer oder der Verlegeranstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Götzestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Er war ein Schachspieler ohne Positionseffekt. Als er dem König Schach bot, hat er ihn nicht matt gesetzt, der König wich aus und als der Diktator sich jetzt auf die Ausgangsstellung zurückziehen wollte, fand er eine grundlegend veränderte Situation. Er ist kein Mussolini, das durch die überlegende Kraft seiner Persönlichkeit das monarchische Prinzip festsetzt, sondern ein Mann, der auch andere Götter neben sich gelten läßt. Er selbst hat einmal erklärt, daß sein Regime nicht als eine grundlegende Staatsumwälzung aufzufassen sei wie der Faschismus, sondern nur als ein Übergangsstadium und als eine Vorbereitung für die Bildung neuer verfassungsmäßiger Zustände. Da er dieses Bekenntnis, mit dem er damals am die Masse der Arbeiter warb, deren Organisationen sich unter Primo Diktator maßvoll entwickelt haben, gemacht hat, mußte er mit der Möglichkeit seines Sturzes rechnen, da der König nicht untätig ist. Sein Gegner und Nachfolger, der General Berenguer, Kommandant des 3. Infanterie-Regiments, legte die Wunden in der Armee so geschickt, daß heute in Andalusien, in Saragossa, in Katalonien, wo er weiß, wo noch, eine Militärrevolte gegen diesen Mann ausgedroht wäre, der vor heißen Jahren, von der gleichen Kraft getragen, an die Spitze des Landes trat.

Berenguer ist heute ein gefährlicherer Feind Primo de Riveras, er wird sich nicht damit begnügen, in das Amt seines Gegners aufzusteigen, sondern ein neues System einzuführen, getragen von dem Vertrauen der alten konservativen Partei und von der Armee. Berenguer war Kommandant in Marokko, als Primo de Rivera noch Gegner des spanischen Marokkooffensives im Jahre 1923, die Berenguer befehligte, rief den Militärputsch Primo de Rivera hervor. Der König ließ Berenguer fallen und hob Primo de Rivera in den Sattel, und dieser Gegner des Marokko-Abenteuers wurde sein Stellvertreter, er trat sogar selbst an die Spitze der Kolonialarmee mit so viel Glück, daß er für sein Land einen Sieg über die Marokkaner und für sich selbst den Herzogstitel gewann. In der Folgezeit der Ruhe und militärischen Untätigkeit verlor es Berenguer, sich wieder in die Gunst des Königs einzuschleichen. Wehe, wenn Berenguer den Thron hat, die Scharte auszuweichen, die sein Vagen in Marokko bekommen hat und sich in ein neues Kolonialabenteuer stürzt. Spanien braucht innere Konsolidation.

Endgültiges Ergebnis des zweiten Volksentscheids.

Berlin, 29. Januar. Der Reichswahlaustrich hat in seiner Sitzung am 29. Januar 1930 das endgültige Ergebnis des Volksentscheids über den Entwurf eines "Gesetzes gegen die Verfassung des deutschen Volkes" wie folgt festgestellt:

A. Zahl der Stimmberechtigten:	
1. Ortsansässige Stimmberechtigte	
Zahl der in der Stimmliste eingetragenen Stimmberechtigten abzüglich derer, die einen Stimmschein erhalten haben	42 218 766
Zahl der ausgefallenen Stimmscheine	108 748
zusammen: 42 327 514	
2. Ortsanwesende Stimmberechtigte	
Zahl der in der Stimmliste eingetragenen Stimmberechtigten abzüglich derer, die einen Stimmschein erhalten haben	42 218 766
Zahl der abgegebenen Stimmscheine	73 810
zusammen: 42 292 076	
B. Abstimmungsergebnis:	
Von den 42 327 514 ortsanässigen Stimmberechtigten haben sich 6 308 632 (14,9 v. H.) an der Abstimmung beteiligt und zwar 6 177 099 (14,8 v. H.) gültige Stimmen.	
Von den gültigen Stimmen lauten:	
5 838 868 (12,8 v. H.) für den Gesetzesentwurf (Ja-Stimmen)	
328 231 (0,8 v. H.) gegen den Gesetzesentwurf (Nein-Stimmen)	

Erklärung der neuen Thüringer Regierung.

Weimar. (Funkdruck.) Zu Beginn der heutigen Sitzung des Landtages gab Staatsminister Baum die Erklärung über das Programm der neuen Regierung ab. Er appellierte zunächst an das Verantwortungsbewußtsein der Bevölkerung und setzte sich für

Kommunistische Zerkleinerungsversuche in der Wehrmacht und ihre Abwehr.

Eine Denkschrift des Reichswehrministeriums.

Berlin, 29. Januar. Auf Grund der in der letzten Zeit vielfach in der Presse erörterten Vorfälle beim Reichsheer und bei der Reichsmarine hat sich das Reichswehrministerium veranlaßt gesehen, der Öffentlichkeit eine Denkschrift zu unterbreiten, in der ausführlich über die kommunistischen Zerkleinerungsversuche berichtet wird. Aus dieser Denkschrift geht hervor, daß durch besonders geschulte Funktionäre der KPD, die Verteilung von Flugblättern und Druckschriften mit größter Vorsicht erfolgt. Die Druckschriften werden in einzelnen Exemplaren den Soldaten im Gebirge der Strafe harmlos in die Hand gedrückt oder in den Wästen heimlich in die abgelegenen Mäntel gesteckt. Sie werden an unbesetzten Stellen in den Kasernen niedergelegt, über Koffernmauern geworfen, in Briefkästen gesteckt, vor Wohnungen abgelegt, an Kinder von Wehrmachtangehörigen ausbedient und in Zeitungen, die in die Kasernen gelangen, eingeschleust. Neuerdings werden sie auch durch die Post den Soldaten zugesandt. Außerdem wird versucht, kommunistische Zellen in der Wehrmacht zu bilden, und hierzu wird vor allen Dingen das weibliche Geschlecht eingeschleppt. Man versucht außerdem, geschulte Mitglieder der KPD in die Reichswehr einzuschmuggeln und wendet sich unter anderem auch an schwerbekleidete oder schlechtausgestattete Soldaten, weil man meint, bei ihnen am leichtesten Erfolg zu haben.

Die Gegenmaßnahmen des Reichswehrministeriums bestehen darin, daß jeder Fall der Verteilung von Zerkleinerungsschriften dem Reichswehrministerium gemeldet wird, das dem Oberreichsanwalt, dem Reichsinnenminister und dem Polizeipräsidenten Mitteilung macht. Die Soldaten werden regelmäßig über die Beeinflussungsversuche und die wirkungsvollsten Bekämpfungsmethoden unterrichtet. Das Reichsgericht geht mit strengen Strafen gegen die Aufwiegler vor. In der Denkschrift sind ferner einige Fälle des Jahres 1929 aufgeführt. Daraus ergibt sich, daß insbesondere die kommunistische Zeitung "Der Reichswehrsoldat" in die Kasernen eingeschmuggelt wird. Außerdem sind etwa 32 verschiedene kommunistische Zerkleinerungsschriften benannt.

Wie wir aus der Statistik entnehmen, sind die Versuche der Beeinflussung in der letzten Zeit vor allen Dingen in Ostpreußen, dann aber auch in Dresden sehr häufig gewesen. So wurden am 9. November nicht weniger als 2000 Exemplare von Zerkleinerungsschriften während der Nacht unter das Tor der Kaserne des 1. Bataillons Inf.-Reg. 10 geschoben. Am selben Tage wurden zehn Exemplare in den Wästen der 8. Batterie des Artillerie-Reg. 4 von der Batterie abgeholt. Bei der 9. Batterie desselben Regiments wurden sie unter das Tor gelegt. Außerdem wurden wahrscheinlich von den in der Kaserne verkehrenden Zivilisten (Handwerker usw.) in den Wästen der 8. Batterie Zerkleinerungsschriften eingeschmuggelt. Am gleichen Tage wurden nicht weniger als 42 Zerkleinerungsschriften über die Mauer des Dresdener Standortlazarets geworfen. Auch in der Infanterieschule wurden in derselben Nacht Versuche gemacht, und zwar dadurch, daß besagte Schriften in ein offenes Fenster in das Gebäude eingeschoben wurden.

Die Gerichte gehen nun gegen die Kommunisten, die auf frischer Tat erwischt werden, oder denen eine solche Verurteilung nachgewiesen werden kann, sehr hart vor. So wurde der Kommunist Kaiser zu zwei Jahren Festungshaft, der

unbedingte Selbständigkeit Thüringens etc. Das Gutachten des Sparkommissars solle als Grundlage für die Durchführung von Sparmaßnahmen dienen. Die Verfassungsmäßigkeit des Landes und seine kulturellen Belange müßten in Einklang gebracht werden. Nach Ansicht der Regierung werde aber durch Sparmaßnahmen allein die Sanierung nicht durchgeführt werden können. Es müsse dazu die Erschließung neuer Einnahmequellen kommen. Der Haushaltsplan müsse möglichst ohne Defizit aufgestellt werden. Sinter den finanzpolitischen Aufgaben müßten alle anderen zurücktreten. Wichtiger aber als alle Programme sei im Augenblick die Tat. Die Regierung werde dafür sorgen, daß die Wirtschaft vor dem Untergang bewahrt werde. Die Verdrängung der Regierungserklärung soll morgen stattfinden. Die Sitzung wurde nach einstündiger Dauer geschlossen.

Einigung über den französischen Kompromißvorschlag.

* London. (Teleunion.) Am Mittwoch spät abends wird berichtet, daß die englisch-französischen Besprechungen über den französischen Kompromißvorschlag zu einer weitgehenden Einigung geführt haben. Ueber die Form der Einigung verläutet zuverlässig, daß von einer bestimmten Tonnage einer Schiffsklasse wiederum ein Anteil festgelegt wird, der innerhalb eines Jahres, jedoch nicht darüber hinaus, von einer Klasse in die andere übertragen werden kann.

Kommunist Hindau zu ein Jahr sechs Monaten und der Kommunist Bus ebenfalls zu 1 Jahr 3 Monaten Festungshaft verurteilt. Die Immunität des kommunistischen Abg. Scheller, gegen den ein Verfahren wegen Verteilung von Zerkleinerungsschriften schwebt, wurde vom Reichstag aufgehoben. Trotzdem sind Fälle vorgekommen, in denen die Reichswehrstellen feststellen mußten, daß die kommunistische Propaganda nicht ohne Erfolg gewesen war. So wurde der Oberfähige Granalle aus Liegnitz fristlos entlassen, weil er trotz dauernder Ermahnung seinen Dienst nur widerwillig und unter Zwang ausführte. In der Vernehmung erklärte er, er müsse zugeben, daß er bei seiner inneren Einstellung kein wertvoller Soldat sei. Nach seiner Entlassung betätigte sich der Mann als Kommunist. Der Schicksal Ande rief wurde bei dem entlassenen Granalle anlässlich einer Hausdurchsuchung angetroffen und er war auch anderweitiger kommunistischer Beziehung verdächtig. Er wurde ebenfalls fristlos entlassen.

Der Pillauer Matrose Kühner, der im Oktober 1929 in die Wehrmacht eingetreten war und zu den besten Rekruten gehörte, wurde Ende November fristlos entlassen, weil er vor seinem Dienstantritt ein eingetragenes Mitglied der KPD war. Der Divisionsoffizier des Matrosen Sontowski vom Linienschiff "Eisak" schöpfe Verdacht gegen ihn wegen seiner Haltung außer Dienst. Es wurde ermittelt, daß der Matrose Kühlung mit der kommunistischen Partei in viel unterhalt, und daß er an einem Schulungs-kursus des Roten Frontkämpferbundes teilgenommen hatte. Bei näherer Untersuchung ergab sich, daß einige weitere Matrosenangehörige in Verbindung mit Kommunisten standen. Am 1. Juni 1929 wurde deshalb fünf Matrosenangehörige fristlos gefeuert. Mit Ausnahme von Sontowski legten die Betroffenen Einspruch ein, der vom Reichswehrminister abgewiesen wurde. Die fristlosen Kündigungen wurden dadurch rechtskräftig. Zur Zeit versuchen die Betroffenen, auf außerrechtlichen Wege ihre vermögensrechtlichen Ansprüche einzulagern. Abschließend beurteilt das Reichswehrministerium die Lage wie folgt:

Die oben dargelegte, ist das intensive Bestreben kommunistischer Kreise, Zerkleinerung in die Reichswehr zu tragen und Zellen in der Truppe zu bilden, unumstritten. Diese Bestrebungen sind so alt wie die Wehrmacht selbst. Das hierbei von Zeit zu Zeit kleine Erfolge erzielt werden, kann nicht wundernehmen. Das Reichswehrministerium und die militärischen Stellen des Heeres und der Marine richten hierauf ständig ihre Aufmerksamkeit. Es ist von ausschlaggebender Wichtigkeit, daß die Reichswehr jeden kommunistischen beeinflussten Mann sofort aus ihren Reihen entfernt. Solange sie die Möglichkeit hierzu hat, wird die Zerkleinerungsarbeit wie bisher völlig erfolglos bleiben und jeder Versuch gewalttätigen Umsturzes von vornherein zum Scheitern verurteilt sein.

Der Denkschrift ist weiter eine Anlage beigeschlossen, in der ein Stimmungsbild über die feineren in Kiel ermittelten Vorgänge bezüglich der kommunistischen Bewegung in der Reichsmarine wiedergegeben wird. Es ergibt sich da, daß zahlreiche geheime Rundschreiben der KPD, beschlagnahmt werden konnten, in denen der Agitation die Wege gewiesen wurden. Interessant ist besonders dabei, daß als im Frühjahr der Sowjetdampfer "Krahn Profitern" vor Soltanien im Eise festlag, auf diesem fast täglich Versammlungen der KPD, unter Leitung bekannter Kommunisten stattfanden, an denen auch zahlreiche zivile Seeleute teilnahmen. In diesen Versammlungen wurden auch Matrosenangehörige von bisher nicht ermittelten Kommunisten eingeladen.

Im Einklang mit dieser von englischer Seite stammenden Mitteilung wurde von dem französischen Ministerpräsidenten Lardieu die bestimmte Ueberzeugung ausgedrückt, daß der französische Kompromißvorschlag mit gewissen Änderungen schließlich von allen anderen Mächten angenommen würde. Daraus ergibt sich, daß inzwischen eine Annäherung in dem bisher auseinandergehenden Auffassungen zwischen England und Amerika und England und Japan in der Frage der Tonnage-Übertreue, die England nur nach unten, die beiden anderen Mächte nach unten und oben festgelegt wissen wollen, erfolgt sein muß.

Die englisch-japanischen Sachverständigenbesprechungen werden fortgesetzt. Zu den Verhandlungen Macdonalds mit Stimson, Takahashi und Brandt, die 3. Std. dauerte, wird halbamtlich, stark abnehmend erklärt, daß der französische und britische Vorschlag auf Begrenzung der Gesamttonnage oder nach Klassen oder eine Verbindung von beiden erörtert wurde.

Ministerpräsident Lardieu wird, wie verlautet, am Freitag London verlassen, und die Abordnungsführung Briand übertragen. Auf Grund der letzten Antwort ist man in französischen Vertreterkreisen so optimistisch, daß mit dem Ende der Konferenz bereits für die Zeit zwischen dem 26. Februar und 1. März gerechnet wird.

In der Donnerstagvollversammlung der Flottenkonferenz wird für Großbritannien Ministerpräsident Macdonald und vielleicht auch der Erste Lord der Admiralität, Alexander, sprechen. Die Hauptaufgabe wird jedoch in der Einigung eines Nehmerauschusses für die Festsetzung der Arbeitsmethoden und Behandlung aller mit dem weiteren Fortgang der Konferenz verbundenen grundsätzlichen Fragen bestehen.